

Liberales Argumente

- Nr. 36 / 28. Mai 2009 / 16. WP
- Vom Abfall zum Wertstoff: Entsorgung und Recycling jenseits von Zwangspfand und Mülltrennung

Ökologische Konsumentensouveränität in der Zivilgesellschaft

Die FDP wendet sich gegen ökologisch unbegründete Bevormundungen. Wir wollen mehr ökologische Konsumentenverantwortung, bei der die Souveränität und das Verantwortungsbewusstsein der Verbraucher wieder stärker im Vordergrund stehen. Was zählt, ist das ökologische Ergebnis und nicht der Weg dorthin. Dazu gehört die bewusste Entscheidung des Einzelnen aufgrund transparenter Verbraucherinformationen. Im Bereich der Einweg- und Mehrwegverpackungen ist das Zwangspfand klar gescheitert, der Mehrweganteil sinkt beständig. Nicht besser sieht es bei der Mülltrennung aus: Insbesondere in den Großstädten werden weniger Wertstoffe genutzt als möglich und sinnvoll wäre. Die FDP will, dass die Menschen in den Kommunen selbst entscheiden, ob es in ihrem Wohnort bei der bisherigen Mülltrennung bleiben soll oder ob es ökologisch besser und kostengünstiger ist, verschiedene Müllbestandteile in einem Gefäß zu sammeln und maschinell zu trennen. Unterschiedliche Lösungswege müssen zueinander in fairen Wettbewerb treten können. Die FDP erteilt der Rekommunalisierung der Entsorgungswirtschaft eine klare Absage setzt sich dafür ein, die steuerliche Bevorzugung öffentlich-rechtlicher Unternehmen zu beenden.

Im Sinn einer ökologisch und ökonomisch verantwortungsbewussten Abfallwirtschaftspolitik bekennt sich die FDP zur ökologischen Produktverantwortung und zu der bewährten Zielhierarchie (Vermeidung vor Verwertung vor Beseitigung). Die ökologische Produktverantwortung darf jedoch nicht ohne weiteres und allein als Produzentenverantwortung verstanden werden. Ökologisch verantwortliches Handeln ist nicht allein Sache der Hersteller und Händler von Produkten. Vielmehr müssen die Entscheidungen der Konsumenten von vornherein mit einbezogen werden. Die FDP will die Abfallwirtschaft bei anspruchvollsten ökologischen Standards ökonomisch sinnvoll gestalten und setzt auf eine ökologisch und ökonomisch sinnvolle Erneuerung der Abfallpolitik.

Ökologische Konsumentenverantwortung und Produktverantwortung

Ausgangspunkt für alle zukünftigen Entwicklungen der Abfall- und Recyclingwirtschaft in Deutschland sollen die selbstbestimmten und eigenverantwortlichen Entscheidungen

der Menschen sein – als Verbraucher auf den Märkten und als Bürger in den Kommunen. Dazu müssen die Rahmenbedingungen der Abfallwirtschaft für alle Marktteilnehmer fair gestaltet und klare Ziele sowie eindeutige Orientierungen für die Wertstoffsammlung formuliert werden. Wir brauchen endlich vernünftige Regelungen jenseits von Zwangspfand und sturer Mülltrennung. Anderenfalls droht die Abfallwirtschaftspolitik über kurz oder lang bei den Menschen ihre Glaubwürdigkeit zu verlieren. Verantwortungsbewusstsein und Souveränität der Verbraucher müssen wieder mehr im Vordergrund stehen. Die ökologische Konsumentenverantwortung der Verbraucher muss dazu auf eine transparente und aussagefähige Grundlage gestellt werden.

Auch in der Abfallwirtschaftspolitik sollen die Menschen nach Auffassung der FDP selbst ökologisch verantwortliche Entscheidungen für ihre jeweilige Wohnortgemeinde treffen – in vernünftiger Abwägung ihrer Ziele und der jeweiligen örtlichen Gegebenheiten. Uns geht es um ökologische Konsumentenverantwortung in der Zivilgesellschaft und um die Abwehr ideologischer Bevormundungen. Unsere klare Absage gilt Konzepten, die an ein vermeintliches ökologisches Gewissen der Bürger appellieren, tatsächlich aber nichts anderes als Bevormundung darstellen. Nach unserer Überzeugung sind die Menschen bestens dazu in der Lage selbst zu entscheiden, welcher Weg vom Abfall zum Wertstoff führen soll und wie weit dieser Weg gegangen werden soll.

Wettbewerb um die besten Lösungen statt ökologischem Biedermeier

Eine souveräne Entscheidung über diese Fragen setzt voraus, dass Marktpreise die tatsächlichen Kosten der Produktion und der verursachten Gesundheits- und Umweltschäden widerspiegeln (Internalisierung externer Kosten der Umweltbelastung und des Rohstoffverbrauchs). Es müssen aussagefähige, verlässliche und transparente Informationen vorliegen, auf deren Grundlage in den Kommunen über die Zukunft der Abfallwirtschaft entschieden werden kann. Prinzipiell muss entschieden werden, ob – und ggf. wie weit – sich die Kommune auf Wunsch ihrer Bürger vollständig aus der operativen Sammlung und Verwertung von Abfällen zurückzieht und diese Aufgaben in ihrem Einzugsbereich auf der Grundlage eines Ausschreibungswettbewerbs privaten Unternehmen anvertraut. Im Gegenzug müssten diese Unternehmen die Sammlung und Verwertung für einen bestimmten Zeitraum zu festen Konditionen garantieren. Ein entsprechender Vertrag zwischen dem privaten Auftragnehmer und der beauftragenden Kommune hätte dies sicherzustellen. Wenn die Bürger in der betreffenden Gemeinde dies wünschen, soll es der betreffenden Kommune auch möglich sein, sich an dem Ausschreibungswettbewerb selbst zu beteiligen – allerdings nur zu fairen Wettbewerbsbedingungen. Insbesondere muss die umsatz-, körperschafts- und gewerbesteuerliche Gleichbehandlung zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Entsorgern in jeder Hinsicht gewährleistet und jede Quersubventionierung ausgeschlossen sein.

Auch für die Mülltrennung will die FDP einen Wettbewerb um die regional besten Lösungen: Wohnortgemeinden, die auf der Basis Dualer Systeme und unter fairen Wettbewerbsbedingungen hochwertige Sammlungsergebnisse erzielen, müssen die Möglichkeit haben, das gegenwärtige System beizubehalten. Auf der anderen Seite

muss Regionen mit abweichendem verpackungs- und abfallwirtschaftlichem Profil die Möglichkeit zu einem Systemwechsel gegeben werden. Manuelle Mülltrennung und die Abfallsammlung in bunten Gefäßen sind zu scheinbar unantastbaren Wellnessprodukten für die Vorgartenidylle des ökologischen Biedermeier geworden, ohne dass dies immer und in jedem Fall zu wirklich vernünftigen Ergebnissen führt. Die FDP wehrt sich dagegen, dass die Mülltrennung als unantastbares Symbol für ökologisch korrektes Verhalten politisch überhöht und ohne Differenzierung immer und möglichst überall erzwungen wird. Stattdessen wollen wir für die Menschen auch in diesem Bereich mehr Wahlfreiheit: Das Getrenntsameln von Hand und die maschinelle Abfalltrennung müssen ohne ideologische Vorbehalte zueinander in Wettbewerb treten können – in einen fairen Wettbewerb um die ökologisch und ökonomisch besten Lösungen an Ort und Stelle.

Bei der Verwertung von Abfällen setzt sich die FDP dafür ein, dass die thermische Verwertung der stofflichen Verwertung im Grundsatz gleichgestellt wird. Effiziente Kraftwerke, die mit Abfall befeuert werden, können einen sinnvollen Beitrag zur Einsparung fossiler Brennstoffe und damit auch für den Klimaschutz leisten. Zu den Voraussetzungen eines in diesem Sinne fairen Wettbewerbs zwischen Dualen und alternativen Systemen gehört, dass weder Leistungen unentgeltlich in Anspruch genommen werden, noch Entgelte ohne Leistung vereinnahmt werden. Dies zu ermöglichen, ist die Aufgabe einer konsequenten Nutzung und Weiterentwicklung moderner Analysetechniken. Forschung und Entwicklung sind deshalb auch in diesem Bereich unverzichtbarer Bestandteil einer liberalen Entsorgungs- und Recyclingpolitik.

Die FDP setzt sich dafür ein, das kartellrechtlich nicht gebotene Prinzip der Flächendeckung der Rücknahmesysteme aufzuheben. Flächendeckende Rücknahmesysteme tragen im Kern immer eine Tendenz zur Oligopol- bzw. Monopolbildung. Dies ist wettbewerbsfeindlich und schadet dem Mittelstand. Der Rekommunalisierung der Entsorgungswirtschaft erteilen wir eine klare Absage. Das Argument der Daseinsvorsorge darf nicht dazu missbraucht werden, die Kommunen von einem fairen Wettbewerb auszunehmen. Es gibt keinen überzeugenden Grund daran zu zweifeln, dass private Unternehmen in der Lage sind, Abfälle nach staatlich gesetzten Regeln ordnungsgemäß zu entsorgen. Klar ist aber auch, dass hoheitliche Aufgaben bei den Gebietskörperschaften verbleiben. Der Abschluss geeigneter Entsorgungsverträge muss sichergestellt sein. Die Kommunen müssen die Privathaushalte bei der Erfüllung ihrer diesbezüglichen Pflichten unterstützen, indem die Körperschaften für geeignete Entsorgungsbezirke die Entsorgungsdienstleistungen wettbewerblich transparent ausschreiben. Die Kommunen müssen die Einhaltung der Entsorgungspflicht durch die Haushalte kontrollieren, damit die Menschen als Bürger in den Kommunen ihre Verantwortung wahrnehmen.

Mehr Transparenz im Bereich der Verpackungswirtschaft

Für die Menschen als Marktteilnehmer und Verbraucher steht zunächst der Bereich der Verpackungswirtschaft im Vordergrund. Festzustellen ist in diesem Bereich, dass das Zwangspfand auf Einwegbinde ein ökologischer Fehlschlag gewesen ist: die Mehrwegquote ist deutlich gefallen, jahrelange Warnungen der FDP sind damit klar bestätigt worden. Um den ökologisch nachteiligen Trend abzuwenden, fordert die FDP

zunächst eine eindeutige und verständliche Produktkennzeichnungspflicht für Mehr- und Einwegverpackungen. Nur durch eine höhere Transparenz und Eindeutigkeit bei der Kennzeichnung und deren einheitliche Ausgestaltung können die Menschen ihre ökologische Konsumentenverantwortung im Bereich der Verpackungswirtschaft wirkungsvoll wahrnehmen. Solange für die Verbraucher nicht transparent und eindeutig zwischen Mehrweg- und Einwegpfand im Sinne einer geeigneten Kennzeichnung unterschieden wird, ist damit zu rechnen, dass allein aus dem Sachverhalt einer Pfanderhebung die keineswegs immer zutreffende Schlussfolgerung abgeleitet wird, es handele sich um ein ökologisch vorteilhaftes Mehrweggebinde.

Die Wahrscheinlichkeit solcher Irrtümer hat mit der Einführung des Zwangspfands zugenommen, weil die Verbraucher mit der Entrichtung einer Pfandzahlung bis dahin ausschließlich Mehrweggebinde assoziiert hatten. Vergleichbar fehlgehende Schlussfolgerungen im Hinblick auf die ökologische Qualität bestimmter Verpackungen sind auch aus dem Bereich der sonstigen Verkaufsverpackungen bekannt, wo beispielsweise eine Kennzeichnung mit dem „Grünen Punkt“ oder anderen vermeintlichen Ökozeichen beim Verbraucher die irriige Annahme entsteht, es handele sich um eine ökologisch vorteilhafte Verpackung. Das bewusste Herbeiführen solcher Irrtümer und Missverständnisse gefährden die Glaubwürdigkeit des Umwelt- und Ressourcenschutzes und diskreditieren die ökologisch sinnvollen Ziele der Abfallwirtschaftspolitik. Um dem entgegenzuwirken und die Voraussetzungen für eine ökologische Konsumentenverantwortung zu schaffen, ist eine verbesserte Transparenz und Eindeutigkeit bei der Kennzeichnung als erster Schritt erforderlich.

Längerfristig brauchen wir eine moderne und nachhaltige Abfallpolitik, die einerseits die Ressourcen schont und einen Beitrag zur Rohstoffversorgung und zum Klimaschutz leistet, andererseits aber Vernunft und Wirtschaftlichkeit nicht aus dem Blick verliert. In Zeiten immer knapper werdender Rohstoffe hat der intelligente Umgang mit Sekundärrohstoffen einen wichtigen Stellenwert. Dies gilt unabhängig von den mitunter sehr schwankenden Marktbedingungen. Die Unterscheidung von Materialien nach dem Kriterium, ob es sich um eine Verpackung handelt oder nicht, ist Abfallwirtschaftspolitik von gestern. Wichtig sind vielmehr die rohstofflichen und energetischen Eigenschaften des Abfalls – in Zeiten knapper werdender Ressourcen zumal.

Detailbezogene Änderungen am bisherigen System bringen keine grundlegenden Verbesserungen mehr. Die FDP hält die Regelungen der Verpackungsverordnung also für nicht mehr zeitgemäß und plädiert dafür, die Regelungen zur Verpackungsentsorgung mittelfristig in die Richtung einer allgemeinen Wertstoffverordnung weiter zu entwickeln. Dem Vorschlag, das Einwegpfand durch eine Abgabe zu stützen, erteilt die FDP jedoch eine klare Absage. Vielmehr müssen Anreize gesetzt werden, um Abfälle zu vermeiden und einen möglichst hohen Anteil zu recyceln, wenn und soweit dies ökologisch und ökonomisch sinnvoll ist, oder energetisch zu verwerten – als Ersatzbrennstoff für Kohle, Gas oder Öl. Bei gleichbleibend hohen Umweltstandards will die FDP auf diese Weise die Verbraucher entlasten, indem die Kosten für Entsorgung und Recycling bei gleichbleibend hohem Umweltstandard minimiert werden.